

UNITED NATIONS



NATIONS UNIES

DER GENERALSEKRETÄR

--

**REDEBEITRAG ZU DER TAGUNG AUF HOHER EBENE ÜBER DIE
ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG WÄHREND UND NACH DER COVID-19-PANDEMIE:
ARBEITSPLÄTZE UND SOZIALSCHUTZ ZUR BESEITIGUNG DER ARMUT**

New York, 28. September 2021

Exzellenzen, meine Damen und Herren,

die enormen Diskrepanzen, die beinahe zwei Jahre nach Beginn der COVID-19-Krise bei der Erholung festzustellen sind, schaden dem weltweiten Vertrauen und der weltweiten Solidarität.

Die Pandemie hat die bestehenden Ungleichheiten nicht nur bestätigt, sondern noch weiter verschärft.

Die entwickelten Länder konnten dank der Verfügbarkeit von Impfstoffen ihre Wirtschaft wieder hochfahren und erwarten in diesem Jahr aufgrund von Konjunkturprogrammen und Investitionen ein voraussichtliches Wachstum von 5 bis 6 Prozent.

In Afrika südlich der Sahara liegt diese Zahl dagegen bei nur 2,5 Prozent.

Laut einem aktuellen Bericht der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) ist zu erwarten, dass bis 2025 allein durch verspätete Impfungen Gesamtkosten in Höhe von 2,3 Billionen US-Dollar entstehen, wovon die Entwicklungsländer die Hauptlast tragen werden.

Die Folge könnte nicht nur ein verlorenes Jahrzehnt für die Entwicklung sein, sondern auch eine verlorene Generation ungenügend ausgebildeter, arbeitsloser, unzufriedener junger Menschen.

Die Pandemie hat in allen Entwicklungsländern bleibenden Schaden angerichtet, und zugleich sind die Regierungen aufgrund ihrer hohen Schuldenlast nicht in der Lage, in die wirtschaftliche Erholung zu investieren.

Die hochentwickelten Volkswirtschaften investieren derzeit beinahe 28 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in die Erholung.

Bei den Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen liegt diese Zahl zwischen 2 und 6,5 Prozent und macht damit einen sehr kleinen Anteil eines viel geringeren Betrags aus.

Viele ebendieser Entwicklungsländer haben die schlimmsten Verheerungen der Klimakrise zu erleiden, zu deren Entstehung sie nicht das Geringste beigetragen haben.

Die globale Solidarität ist bisher völlig unzureichend.

Diese ungleiche und ungerechte Erholung lässt das Vertrauen zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern bröckeln – ein Vertrauen, das für die globale Zusammenarbeit in anderen Bereichen unerlässlich ist.

Auf der heutigen Tagung haben wir die Gelegenheit, einen neuen Kurs einzuschlagen und eine Erholung in Gang zu setzen, die allen zugutekommt.

Exzellenzen, meine Damen und Herren,

die Zahl der extrem armen Menschen weltweit wird infolge der Pandemie voraussichtlich um bis zu 224 Millionen steigen. Mehr als drei Viertel dieser „neu Verarmten“ leben in Ländern mit mittlerem Einkommen.

Viele Entwicklungsländer tragen durch ihren Schuldendienst eine lähmende Last, während zugleich ihre Haushaltslage angespannt und ihre Möglichkeit, Steuern zu erheben, sehr begrenzt ist.

Diese Länder sind dringend auf unsere Hilfe angewiesen.

Nach den derzeitigen Regeln erfüllen jedoch insbesondere viele angeschlagene Länder mit mittlerem Einkommen nicht die Voraussetzungen für Hilfe und Schuldenerleichterung.

Ich begrüße, dass der Internationale Währungsfonds kürzlich Sonderziehungsrechte in Höhe von 650 Milliarden US-Dollar ausgegeben hat. Allerdings gehen diese Rechte größtenteils an die Länder, die sie am wenigsten benötigen.

Bisher deutet nichts darauf hin, dass diese überschüssigen Sonderziehungsrechte in nennenswertem Umfang an die bedürftigsten Länder umgeleitet würden, wie von mir dringend gefordert.

Auch die Initiative der G20 zur Aussetzung des Schuldendienstes und der Gemeinsame Rahmen für die Schuldenhandhabung könnten die Schuldenkrise mit entschärfen, doch diese Maßnahmen reichen nicht aus.

Die Schuldenerleichterung muss auf alle Länder mit mittlerem Einkommen ausgeweitet werden, die sie benötigen, und auch die private Finanzierung muss Teil der Lösung sein.

Keine Regierung sollte vor die Wahl gestellt werden, entweder ihren Schuldendienst zu leisten oder ihrer Bevölkerung zu dienen.

Auf längere Sicht fordere ich erneut Reformen, die seit Langem bestehende Schwächen der internationalen Schuldenarchitektur beheben und den tödlichen Kreislauf aus Schuldenwellen, globalen Schuldenkrisen und verlorenen Jahrzehnten durchbrechen.

Das beginnt mit einem fristgebundenen, offenen Dialog zwischen allen Beteiligten, der Vertrauen und Transparenz schafft.

Unsere Initiative für Entwicklungsfinanzierung, die wir gemeinsam mit den Regierungen Kanadas und Jamaikas gestartet haben, hat viele innovative Optionen aufgezeigt.

Exzellenzen, meine Damen und Herren,

die COVID-19-Pandemie löste deshalb eine globale wirtschaftliche und soziale Krise aus, weil vielfach versäumt wurde, in den Sozialschutz und in Basisdienstleistungen zu investieren.

Ein erneuerter Gesellschaftsvertrag, wie ich ihn in meinem Bericht über *unsere gemeinsame Agenda* beschrieben habe, sollte das Herzstück der Erholung bilden.

Um den Kreislauf der Entbehrung zu durchbrechen, müssen wir strategische Investitionen in menschenwürdige Arbeitsplätze und in Klimaschutzmaßnahmen vornehmen und diese durch robuste Sozialschutzsysteme stützen.

Ein gerechter Übergang zu nachhaltiger Energie kann enorm zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Abbau von Ungleichheiten aller Art beitragen.

Alle Konjunkturpakete und nationalen Haushalte sollten die Ziele für nachhaltige Entwicklung und das Übereinkommen von Paris zur Grundlage haben oder zumindest auf sie abgestimmt sein.

Wir brauchen bis 2030 einen allgemeinen Sozialschutz, der auch eine allgemeine Gesundheitsversorgung, einen Einkommensschutz sowie Bildung und Qualifizierung umfasst, insbesondere für Frauen und Mädchen.

Dabei können wir auf den zahlreichen Ad-hoc-Maßnahmen und vorübergehenden Maßnahmen aufbauen, die im vergangenen Jahr eingeführt wurden.

Um jedoch eine beschäftigungsintensive Erholung und einen gerechten Übergang zu erreichen, müssen wir öffentliche und private Investitionen in erheblicher Höhe mobilisieren. So werden für den allgemeinen Sozialschutz in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen etwa 1,2 Billionen US-Dollar benötigt.

Im Rahmen unserer eigenen Bemühungen, die Länder in allen diesen Bereichen zu unterstützen, ist es mir eine Freude, die Einrichtung eines neuen Globalen Förderinstruments für Arbeitsplätze und Sozialschutz mit dem Ziel eines gerechten Übergangs bekanntzugeben, das in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation eingeführt wird.

Ziel dieses Globalen Förderinstruments ist es, bis 2030 mindestens 400 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen, vor allem in der grünen Wirtschaft und im Pflege- und Betreuungssektor, und bis 2025 den sozialen Basisschutz auf 50 Prozent aller Menschen auszuweiten, die derzeit nicht davon erfasst sind.

Exzellenzen, meine Damen und Herren,

die bevorstehenden Treffen der Internationalen Finanzinstitutionen, der G20 und der COP26 werden entscheidend dafür sein, die Welt auf den Weg der Nachhaltigkeit, Resilienz und Inklusivität zu führen.

Nur durch eine globale Zusammenarbeit auf der Grundlage von Volkswirtschaften, die dem Wohle aller Menschen dienen, können wir uns für künftige Schocks rüsten.

Ich danke Ihnen.
